

Das öffentlich-rechtliche System will unantastbar bleiben

7. März 1980, 8:00 Uhr

Aus der ZEIT Nr. 11/1980

Die Kapitulation bei Radio Bremen

Von Gert von Paczensky

Vor zwanzig Jahren, zum Jahreswechsel 1959/60, verhinderte die sozialdemokratische Senatorin in Bremen, Annemarie Mevissen, daß Günter Grass für die "Blechtrommel" den Literaturpreis der Hansestadt bekam. Sie fand das Buch zu unmoralisch und hätte, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung damals berichtete, einige Kapitel daraus lieber auf dem Index "jugendgefährdender" Schriften gesehen. Die drei prominentesten Mitglieder der Jury, die Grass zum Preisträger ausersehen hatten, traten darauf zurück: Erich Kästner, Benno von Wiese und der Herausgeber der Neuen Rundschau, Rudolf Hirsch. Der Literaturpreis 1959 fiel aus.

Zwei Jahrzehnte nach ihrem Sieg über die "Blechtrommel" hat die heute nicht mehr amtierende Senatorin abermals einen bundesweit beachteten Erfolg erfochten, Sie verhinderte die Wahl des hochqualifizierten Fernsehpraktikers Dieter Gütt zum Programmdirektor bei Radio Bremen. Sie bewerkstelligte statt dessen, ermuntert von Radio-Bremen-Intendant Gerhard Schröder, eine Wahl des Frankfurters Hans-Werner Conrad, vormals Referent des dortigen Intendanten Werner Hess. Zu Conrads Qualifikation trägt nach Auskunft Radio Bremens ganz wesentlich bei, daß er über die "Theorie der Schauspielkunst im 18. Jahrhundert" promoviert hat. Für den Posten wesentlichere Programmerrfahrungen hat er so wenig, daß seine Befürworter schon die lapidare Aufzählung seiner spärlichen Berufsstationen als "beispiellose publizistische Hetzkampagne" bezeichnen, so ungern möchten sie die Realität wahrhaben.

Dieses Mal hatte Annemarie Mevissen wohl nicht die Moral der Jugend schützen wollen, sondern die Ruhe einer kleinen, auf störungsfreies Direktorialdasein bis zur Pensionierung erpichten Schar: neben dem Intendanten Schröder die Direktoren Schäfer (Hörfunk), Segger (Verwaltung) und Klostermeier (Betrieb). Sie sollen vom August dieses Jahres an den Sender gemeinsam leiten, gemeinsam mit dem neuen Fernsehdirektor – so wie es das neue Rundfunkgesetz für Radio Bremen vorsieht, das den allein verantwortlichen Intendanten durch ein Direktorium Gleichberechtigter ersetzt.

Zu den erwähnten vier Direktoriumsmitgliedern kommt noch der Personalratsvorsitzende Ernst Keil, der dem Intendanten seit langem in Duzfreundschaft verbunden ist. Die weitgehenden Mitbestimmungsrechte, die das Bremer Personalvertretungsgesetz der Betriebsvertretung sichert, sind einem starken Intendanten gegenüber wohl nötig. Gerhard Schröder jedoch sah, daß ihn nichts fester verankern könnte als ein solider Interessenpakt mit dem Personalrat: vereint konnten beide unanfechtbar den Sender regieren, wie sie sollen.

Der Pakt funktionierte schon eine ganze Weile, da warf ausgerechnet das neue Rundfunkgesetz, das beide energisch unterstützt hatten, alles wieder um. Kameraderie mit einem Intendanten genügt nun nicht mehr. Er könnte ja im Direktorium überstimmt werden von Direktoren, die ihren Bereich eigenverantwortlich leiten sollen. Im künftigen Fünferkreis kann der Intendant sein Übergewicht nur durch zwei für ihn "sichere" Direktoren sichern. Unter den vorhandenen Direktoren kann er aus verschiedenen Gründen nur seinen langjährigen Vertrauten, den Betriebsdirektor, als "sicher" ansehen. Also muß er auf den Fernsehdirektor hoffen – auf Conrad, der ohne Schröders Förderung in Bremen unbekannt geblieben wäre, der aber durch eine fünfjährige Tätigkeit beim Hessenfunk-Chef Hess an Intendantenautorität gewöhnt ist. Die auf Conrad gefallene Wahl erscheint als durchaus logisch.

Aus anderen. Gründen, aber mir ähnlichem Denkresultat würden sich auch die anderen Direktoren über einen Kollegen freuen, der sich nicht nennenswert über ihre Qualifikation (siehe DIE ZEIT vom 28. Dezember 1979: "Filz im Fernsehen") heraushebt. Es galt also, die Ruhe des schon im Amt befindlichen Bremer Quintetts neu zu sichern.

Annemarie Mevissen betrieb dieses Vorhaben durchaus offensiv. Dieter Gütt; der Außenseiter, dem die Fünf im Fernsehmetier nichts hätten vormachen können, der ihnen aber wohl manches Nützliche über die Interessen des Programms, also auch des zahlenden Publikums erzählt haben würde, dieser Gütt, so argumentierte Frau Mevissen, sei zu "unkooperativ". Man könne ihn den anderen Direktoren nicht zumuten. Annemarie Mevissen mußte nicht allein operieren. Der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann, ebenfalls in den Kreis der Duzfreunde des Intendanten vorgedrungen, erwies sich als zuverlässiges Sprachrohr der Intendanz. Und für die notwendigen Operationen im Rundfunkrat, dem entscheidenden Wahlgremium, hatten die beiden Schröder-Helfer einen denkbar idealen Bundesgenossen: den Vorsitzenden selbst, Erwin Schmidt, DGB-Kreisvorsitzender und ebenfalls Duzfreund des Intendanten.

Wie diese Gruppe Ende des vergangenen Jahres in anfechtbarer Weise den Kandidaten Schröder durchboxte, habe ich in der ZEIT vom 28. Dezember 1979 ausführlich dargestellt. Die Verantwortlichen hätten den Skandal sicher lieber unter Ausschluß der Öffentlichkeit ablaufen lassen. Aber hier ist Öffentlichkeit notwendig. Schließlich ist Radio Bremen kein Privatsender, und seine Betriebsvertreter führen stets die Forderung nach Transparenz im Munde. Der Fall Radio Bremen wurde ja zum Lehrstück für den Mißbrauch demokratischer Spielregeln und Gesetze, für den Umgang mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk – als sei der Sender Privateigentum des Intendanten und des Personalrats, das als Versorgungsinstitut für Freunde und als Hort weiterer Pfründe vergraben gegen Störer des Selbstbedienungsfriedens verteidigt werden müßte.

Nach der Veröffentlichung in der ZEIT erkannten einige Rundfunkräte (andere wußten Bescheid und hatten sich gewehrt), welchem Intrigenspiel sie zum Opfer gefallen waren. Sie wünschten für Radio Bremen einen qualifizierten Programmleiter. In diesen Erkenntnisprozeß platzte eine zweite Veröffentlichung der ZEIT: die Entdeckung, daß die zwei Frauen, die im Bremer Rundfunkrat (angeblich) die Frauenorganisationen des Landes vertreten, keineswegs entsprechend dem Rundfunkgesetz legitimiert waren. Da der Frankfurter Bewerber Conrad ohne die Stimme der beiden Frauen nicht gewählt worden wäre, wurde dieser Verstoß gegen das Rundfunkgesetz nun zum Hauptansatzpunkt für die Bemühungen, die Wahl Conrads rückgängig zu machen. Und das nicht etwa, um doch noch Gütt zu holen, denn, der hatte verständlicherweise erklärt, er stehe nun nicht mehr zur Verfügung. Vielmehr hatte sich herumgesprochen, daß sich bei einer wirklich seriösen Neuausschreibung erstklassige, erfahrene Kandidaten melden würden.

Da geschah etwas Außerordentliches. Rundfunk und Fernsehen wachen bekanntlich mit Argusaugen über die Korrektheit in öffentlichen Angelegenheiten. Aber daß hier in eigener Sache gesetzeswidrig gehandelt worden war, konnte Conrads Lager weithin als unerheblich hinstellen. Kritik daran wurde als "formaljuristischer Trick" bezeichnet und besonders vom CDU-Landesvorsitzenden, der zugleich Parlamentarier, also Mitglied eines Gesetzgebungsorgans ist, unermüdlich wiederholt. Unterstützt hat ihn darin nach Kräften die Intendanz des Senders und natürlich (natürlich?) die Hauptnutzerin dieses Gesetzesverstoßes, Annemarie Mevissen, Senatorin a. D., Vorsitzende des Fernsehausschusses von Radio Bremen, Rundfunkratsmitglied, Vorsitzende des ARD-Programmbeirates.

Von Trägern öffentlicher Ämter wird im allgemeinen besondere Korrektheit in der Beachtung von Gesetzen erwartet und Respekt für die ungeschriebene Anstandsregel, daß im Zweifelsfall ein Mandat so lange nicht ausgeübt wird, bis der Zweifel beseitigt ist. Aber für Annemarie Mevissen war die demokratische Moral eben etwas anderes als jene Moral, die sie seinerzeit so; energisch

gegen Günter Grass verteidigt hatte. Sie widersetzte sich wie die Heldin eines schlechten Salonstücks. Die Intendanz Radio Bremens beschaffte sogar mehrere Auftragsgutachten (das Honorar würde der zahlende Zuschauer gern erfahren), die das Unerhörte als normal hinstellen oder als unwichtig bagatellisieren sollten: Der Verstoß gegen das Gesetz sei kein Verstoß und selbst wenn der Fall anders läge, bliebe die Abstimmung dennoch gültig.

Kein Wunder, daß auch der von dieser bemerkenswerten Logik sehr direkt begünstigte Hans-Werner Conrad so dachte. In einer Personalversammlung äußerte er, das Fernsehen Radio Bremens solle die deutsche Innenpolitik kritischer beobachten – da wird dann sicher viel von demokratischem Anstand, von Gesetz und politischer Sitte die Rede sein und gegen die Nutznießer von Mängeln und Pfründen gewettert werden. Und inmitten der immer lauter geführten Debatte über die immer deutlicher zu Tage getretenen Gründe, die dafür sprachen, Conrad nicht für rechtmäßig gewählt zu halten, ließ der angehende Direktor für demokratisch sauberes Programm verlauten, er jedenfalls halte sich für rechtmäßig gewählt, er bereite seinen Umzug vor.

Wie konnten sich die Akteure auf ihrem – nach den Maßstäben einer rechtsstaatlichen Demokratie – geradezu phantastischen Irrweg so sicher wähen? Nun, sie brauchten gar nicht zu pfeifen, um sich Mut zu machen. Sie hatten eine Claque, die wenigstens in einem kleinen Theater durchaus großen Lärm machen kann. Beispielsweise eine Radio-Bremen-Pressestelle; die Leitung des Hauses setzte diese Pressestelle rücksichtslos und zynisch ein, um der Öffentlichkeit, den Aufsichtsgremien und dem Betrieb durch tendenziöse Verlautbarungen, schließlich sogar durch glatte Unwahrheiten vorzutäuschen.

Da gibt es ferner eine besondere ARD-Claque: Korrespondenzen, die sich vom Informationsabfall der Rundfunkanstalten nähren und ohne die Abonnements der Sender eingehen würden. Sie sangen das Loblied Conrads, diffamierten seine Gegner und bagatellisierten nach Kräften den Verstoß gegen das Gesetz. Ähnlich arbeitete ein evangelisches Pressehaus in Frankfurt, aus dem einst der heutige Frankfurter Intendant und Conrad-Mentor Hess seine Kraft bezogen hatte. Auch dieses Haus vertreibt einen Rundfunk-"Dienst", der sich – nicht nur in diesem Falle – durch deutliches Desinteresse an Recherche und Tatsachen und als Schleuder für Halb- und Unwahrheiten hervortat, in seltsamem Kontrast zu seiner kirchlichen Herkunftsbezeichnung.

Die führende Bremer Zeitung Weser-Kurier wiederum ist durch einen Redakteur im Rundfunkrat vertreten, wo er für Conrad stimmte. Er ist der Intendanz des Senders Bremen auch sonst verbunden. Die Leser dieses Blattes bekamen wochenlang ein so merkwürdiges Bild der Lage vorgesetzt, daß sie sich zum Schluß verwundert hätten fragen müssen, wieso eine Kritik am Intendanten überhaupt möglich sein konnte. Natürlich kann auch der Vorstand der Rundfunkgewerkschaft (RFFU), Gruppe Radio Bremen, in der Claque nicht fehlen. Denn Vorsitzter Breest, Abteilungsleiter Fernsehspiel, hatte vor Conrads Wahl deutlich genug gemacht, daß ihm vor einem energischen Profi wie Gütt bange sei.

Der Bremer Frauenausschuß war höchst beleidigt, weil er bei unkorrektem Verhalten ertappt wurde. Nach dem Gesetz soll der Frauenausschuß die Vertretung im Rundfunkrat aus der Mitte der Frauenorganisation des Landes wählen. Der Ausschuß aber fand sich selber am besten, eine Wahl, die dem Gesetz entsprochen hätte, hielt er für überflüssig. Auch der Personalrat trat in Aktion, dessen Spitze dem Intendanten jovial verbunden ist. Er versuchte, dem Betrieb eine Unruhe und Besorgnis einzureden, die dieser zunächst keineswegs, verspürte. Wie ungeniert die Personalräte operierten, erwies eine außerordentliche Personalversammlung. Dort versuchten sie vergeblich, eine Resolution an die Adresse des Rundfunkrates durchzubringen, die von jedermann als Votum für Conrad und die Leitung des Hauses aufgefaßt worden wäre. Die Absicht wurde aber angesichts der kläglichen Figur, die Intendant und Direktoren in der Versammlung machten, und auch wegen der lauten Unmutsäußerungen von Versammlungsteilnehmern schnell wieder fallengelassen. Doch hinderte das den Personalrat nicht daran, sich kurz nach der Versammlung so zu äußern, wie es der

Betrieb gerade abgelehnt hatte. Den für ihn schmachvollen Verlauf der Betriebsversammlung wird man schon nach Kräften vertuschen.

Nach einigen Denkpausen bemängelte der Hörfunk-Chefredakteur Peter Wien in Kommentaren, daß über den Sender diskutiert werde. Ruhe ist auch für manche Journalisten oberste Bürgerpflicht. Sie alle, vom Intendanten über seine Gehilfen bis zur Gewerkschaft, trommelten auf diejenigen Rundfunkräte ein, die den Wahlirrtum und den Rechtsfehler reparieren wollten. Als sich schließlich für die Korrektur des Rechtsfehlers eine Mehrheit im Rundfunkrat fand, kehrte Frau Mevissen ihren Kollegen empört den Rücken. Sie fühlte sich als Opfer eines Komplotts. Als dann der Senat der Hansestadt in Ausübung seiner Rechtsaufsicht über Radio Bremen die Feststellung traf, die Frauenvertreterinnen seien unrechtmäßig Mitglieder des Rundfunkrates, legte Annemarie Mevissen ihr Amt nieder – als hätte sie es zu Recht innegehabt. Sie trat auch vom Vorsitz im ARD-Programmbeirat zurück. Aber der Frauenausschuß entsandte sogleich christdemokratischen Ersatz und legte gegen die Senatsentscheidung Einspruch ein. Auch der Intendant, der im Regionalprogramm eine an Byzantinismus schwer zu übertreffende Sendung über Annemarie Mevissen und sich selber veranstalten ließ, machte von der Möglichkeit des Einspruchs Gebrauch.

Die Mehrheit im Rundfunkrat wollte sodann, eine Abstimmung gegen Conrad durchsetzen. Doch das vereitelte der Vorsitzende Schmidt mit einem Trick: Juristische Beratung (durch Radio Bremen) hätte ergeben, so ließ er sich vernehmen, daß diese Abstimmung unzulässig sei. Das erwies sich später als Unsinn, rettete aber die Lage für Conrad. Als der Verwaltungsratsvorsitzende daraufhin die Sitzung des Verwaltungsrates absagte, weil zuvor erst der Rundfunkrat einen Beschluß hätte fassen müssen, berief sein Stellvertreter Sander, regelwidrig die Sitzung wieder ein. Sander ist einer der drei Personalvertreter im Rat, die dem Intendanten bei seinen taktischen Winkelzügen halfen. Die drei beschlossen zusammen mit zwei Christdemokraten und einem Gewerkschaftsfunktionär, Conrad den Vertrag zu geben. Ein Oberbürgermeister, der Bürgerschaftspräsident und der Vertreter des Senats sind dieser Sitzung ferngeblieben, weil sie auf unkorrektem Wege zustande gekommen war. Aber das störte die Intendanten-Truppe, die ihre Herrschaft über den Sender gefährdet sah, nicht.

Der Intendant hört lieber, in welcher eindrucksvollen Übereinstimmung seine Hauptverbündeten, der Personalrat und der CDU-Vorsitzende Bernd Neumann, ihre Stimmen für ihn erhoben. Neumann erklärte offen, von seinem Standpunkt aus sei wohl kein besserer Intendant denkbar als Schröder. Als die SPD endlich kurzerhand den Intendanten zum Rücktritt aufforderte, bezichtigte der Personalrat die Partei der "Wildwestmanieren". Dabei war die Rücktrittsforderung die erste Erklärung der Bremer SPD in dieser Affäre, nachdem sie vom De-facto-Radio-Bremen-Sprecher Neumann fast täglich laut angegriffen worden war. Sogleich veranstalteten Intendant, Personalrat und Rundfunkgewerkschaft, die das CDU-Sperrfeuer mit Behagen verfolgt hatten, ihren eigenen Theaterdonner: wider das angebliche SPD-Attentat auf die Unabhängigkeit – des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Als der Rundfunkrat schließlich müde geklopft vor Schröder (und Conrad), kapitulierte, konnte der Hörfunk-Chefredakteur in einem Siegeskommentar über Radio Bremen beklagen, wie "mit dem Intendanten umgegangen" worden sei.

Einen Programmdirektor mit "gründlichen und umfassenden Kenntnissen des gesamten Rundfunkbetriebes" hat Radio Bremen gesucht. Vorausgesetzt wurde "eine herausragende Eignung, den Geschäftsbereich Fernsehen programmlich und administrativ zu leiten". Gemessen am Resultat wirkt das Inserat wohl eher großmäulig: siebenjähriges Referendendasein und denkbar dürftige, nicht einmal zweijährige Fernsehprogrammerfahrung, keine vorzeigbare eigene Sendung – das genügt also. Conrad ließ in Aufsichtsgremien und im Sender für sich kämpfen, als sei Radio Bremen ohne ihn verloren. Das zeigt gehobenes Selbstbewußtsein. Immerhin aber geht es auch um eine ansehnliche Pfründe. Einer seiner Lobhudler, Michael Hamerla, hat uns beruhigen wollen mit der Enthüllung, Conrad sei "von seinem Förderer Hess systematisch auf eine Direktorenlaufbahn in

der ARD vorbereitet worden, und wenn es jetzt in Bremen nicht klappen sollte... wird er etwas später wohl an anderer Stelle Direktor".

Glückwunsch der ARD zu dieser bisher geheimen Ausbildungsstätte! Glückwunsch natürlich auch dem derart treffsicher Ausgebildeten! Und die Gebührenzahler? Die Bremer Episode macht deutlich, warum das öffentlich-rechtliche Rundfunkwesen so unantastbar ist – und bleiben will.